



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel:
Wiesbaden, 21.01.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Donnerstag, 29. Januar 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 04.12.2014

Bereich Kultur:

2. 14-F-05-0025

Verbleib im Kulturfonds Rhein-Main
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 09.12.2014 -

ANLAGE: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0558 vom 18.12.2014

3. 14-F-33-0131

Kulturentwicklungsplanung
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 04.12.2014-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0132 vom 04.12.2014

4. 15-F-03-0007

Kulturentwicklungsplan: Bildung einer Expertenrunde
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2015-

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 2014 beschlossen, zur Beratung eines gemeinsamen Vorgehens (externe) Experten einzuladen, die über die notwendigen Schritte und Vorarbeiten, Ergebnisse und Erfahrungen mit der Kulturentwicklungsplanung in anderen Städten berichten (Beschluss-Nr. 0132). Ebenso hat der Ausschuss beschlossen, sich nach Eingang von Vorschlägen der Fraktionen (bis Januar 2015) über die zu hörenden Experten zu verständigen.

Ein Kulturentwicklungsplan hat je nach Gegebenheiten der jeweiligen Kommune, für die er erstellt wird, ganz unterschiedliche Problematiken zu bewältigen. Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN schlägt deshalb vor, zusätzlich zu der vom Ausschuss beschlossenen Anhörung (externer) Experten eine Arbeitsgruppe aus ortskundigen Fachleuten zu bilden, die über nötige Schritte und das weitere Verfahren zur Erstellung eines Wiesbadener Kulturentwicklungsplans berät und beschließt. Dieser sollen Experten angehören, die mit den spezifischen Gegebenheiten der Wiesbadener Kulturlandschaft vertraut sind. Als Teilnehmer bieten sich hierzu Vertreter des Kulturdezernats, des Kulturredamts, der Stadtverordnetenfraktionen, des Ausschusses für Kulturwirtschaft in der IHK Wiesbaden sowie des Arbeitskreises Stadtkultur an. Die Arbeitsgruppe sollte überdies offen sein für nicht-organisierte Kulturschaffende.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird deshalb gebeten, unverzüglich eine Arbeitsgruppe aus Experten zu bilden, die mit den spezifischen Gegebenheiten der Wiesbadener Kulturlandschaft vertraut sind und die über die nötigen Schritte und das weitere Verfahren zur Erstellung eines Wiesbadeners Kulturentwicklungsplanes beraten und beschließen.

5. 15-F-08-0003

„Wiesbadener bauen ihr Stadtmuseum im alten Gerichtsgebäude“
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 21.01.2015-

Angesichts des Scheiterns der Absicht der Rathausmehrheit, mit einem PPP-Modell das Stadtmuseum auf dem Grundstück Wilhelmstraße 1 errichten und betreiben zu lassen, trafen sich auf Einladung des Fördervereins Stadtmuseum e. V. am 19. Dezember 2014 Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein Stadtmuseum der Landeshauptstadt Wiesbaden engagieren. Sie forderten „die Installation des Stadtmuseums im seit 5 Jahren leerstehenden, alten Gerichtsgebäude und erwarten, dass alle Kräfte jetzt darauf konzentriert werden.“ Sie erklärten: „Das historische Gebäude eignet sich am besten für die Präsentation der Stadtgeschichte.“ Sie unterstützen damit die Auffassung, die bereits vom zuständigen Ortsbeirat Mitte in einem Beschluss gefasst wurde, der auch in der Stadtverordnetenversammlung Unterstützung, dort aber bislang keine Mehrheit fand.

Da die im Kulturredamt fachlich zuständigen und kompetenten Personen diese Forderung des Fördervereins unterstützen, kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden, dass das alte Gerichtsgebäude als Gebäude für das gewünschte Stadtmuseum in Frage kommt. Die für die „Entwicklung des ehemaligen Gerichtsviertels“ vorgesehenen städtischen und Landesmittel könnten für ein Stadtmuseum und für das von der Belebung des denkmalgeschützten Gerichtsgebäudes abhängige angrenzende Areal sehr sinnvoll eingesetzt werden. Der nun über

fünf Jahre dauernde, für das Quartier und die Stadt schädliche Entwicklungsstillstand in diesem Quartier könnte beendet werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge umgehend mit dem Land Hessen Gespräche aufnehmen, um eine Unterbringung des Stadtmuseums im denkmalgeschützten Gebäude des alten Gerichts zu ermöglichen.

Der Magistrat möge den Stadtverordneten zügig entsprechende Planungen vorlegen, die eine sachgerechte Beteiligung der Bürgerschaft und eine fundierte Entscheidung der von ihnen gewählten Mandatsträger/innen ermöglichen.

6. 15-F-08-0004

Stadtteilbüchereien müssen erhalten bleiben!

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 21.01.2015-

In der Allgemeinen Zeitung/Rhein-Main-Anzeiger wurde kürzlich berichtet: „Zusammenlegen will die Stadt die beiden Stadtteilbibliotheken in Kastel und Kostheim.“ Und: „Stadträtin Rose Lore Scholz (CDU) bestätigt Überlegungen/Proteste in Kastel und Kostheim“.

Die seit Monaten in den AKK-Stadteilen kursierenden Gerüchte einer Bibliotheksschließung wurden damit offiziell bestätigt.

Allgemein werden Defizite hinsichtlich der Lese- und Sprachkompetenz beklagt. Auf dem Hintergrund zunehmender Migration und Notwendigkeit von Kompetenzen hinsichtlich einer Mehrsprachigkeit gewinnt das von den Stadtteilbibliotheken präsentierte und rege genutzte Angebot noch weiter an Bedeutung. Nicht nur durch die niederschwellige Möglichkeit der Buch- und Medienausleihe an Kinder und Jugendliche spielen die Stadtteilbibliotheken bei der Förderung der Sprachkompetenz eine wichtige Rolle. Auch die kostengünstige Versorgung von Erwachsenen mit Literatur ist für Stadtteile wie Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim sehr wichtig. Ein Verweis auf die Mediathek in der Hochstättenstraße ist nicht ausreichend.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss spricht sich für den dauerhaften Erhalt der in der Landeshauptstadt Wiesbaden vorhandenen Stadtteilbibliotheken aus. Schließungsüberlegungen sollen nicht weiter verfolgt werden.

Bereich Schule:

7. 15-F-03-0009

Entwicklung des Neubaus der Carl-von-Ossietzky Schule

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2015

Vor zwei Jahren hat die große Koalition einen Antrag beschlossen, der unter dem Titel „Verantwortung für Wiesbaden“, die Finanzierung des Neubaus der Carl-von-Ossietzky Schule mit dem Bau des Stadtmuseums koppelte. Seit die große Koalition, Ende des letzten Jahres das

Aus für das Stadtmuseumsprojekt in seiner jetzigen Form beschlossen hat, ist die Finanzierung des Neubaus der Carl-von-Ossietzky Schule nun wieder gefährdet.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. Sich deutlich zum Neubau der Schule zu bekennen und dafür zu sorgen, dass dieser schnellstmöglich umgesetzt wird.
2. Die Finanzierung des Neubaus der Carl-von-Ossietzky Schule solide durch den städtischen Haushalt zu finanzieren und hierfür die benötigten Gelder zu den nächsten Haushaltsverhandlungen anzumelden.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

3. Hat der Wegfall der ursprünglichen Finanzierung Auswirkungen auf den geplanten zeitlichen Ablauf (dies auch vor dem Hintergrund des zwingenden Schließungszeitpunktes)?
4. Zu welchem Ergebnis kommen Artenschutz- und Klimagutachten für das Hessenwassergrundstück? Ergeben sich daraus Konsequenzen für den Standort oder die Bauweise des Neubaus?
5. Bei Auswahl des Grundstückes „ESWE“ muss der Bebauungsplan angepasst werden und das für den Neubau vorgesehene Grundstück von der Stadt erst noch gekauft werden. Wie groß ist der Zeitverlust durch die Anpassung des B-Planes und den Kauf?

8. 15-F-08-0006

Dringende Sanierungsarbeiten an Schulen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 21.01.2015-

Zur Erfassung, Planung und Durchführung notwendiger Sanierungsarbeiten an Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde eine „Schulbauliste“ erstellt, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden soll, um die erforderlichen Sanierungsarbeiten - den Prioritäten entsprechend - zügig durchführen zu können.

Neben erforderlichen Totalsanierungen bzw. Neubauten sind an einer ganzen Reihe von Schulen weitere Sanierungen durchzuführen, so z. B. an Dächern, an Heizungsanlagen, im Sanitärbereich sowie im Brandschutz/Sicherheitsbereich.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge eine aktualisierte „Schulbauliste“ vorlegen, die die aktuell bekannten Sanierungs- und Neubauerfordernisse an den städtischen Schulen (mit den voraussichtlichen Kosten und Fristen zur Ausführung) enthält.

Inbesondere möge der Magistrat darlegen, welche Sanierungsmaßnahmen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erledigen sind und ob die Mittel hierfür bereit stehen bzw. inwieweit Probleme bei der Deckung bestehen und zusätzliche Mittel überplanmäßig oder außerplanmäßig bereitgestellt werden müssen und um welche Beträge es sich dabei handelt.

9. Verschiedenes (Bereiche Kultur und Schule)

Tagesordnung II

1. **14-V-41-0019** **DL 68/14-2**
Stand Baumaßnahme Schlachthof Wiesbaden

2. **14-V-41-0020** **DL 02/15-4**
Satzungsänderung der Wiesbadener Musik- und Kunstschule e. V.

3. **15-V-40-0003** **DL 03/15-7**
Ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hess. Schulgesetz

4. **14-V-40-0028** **DL 01/15-3**
Bericht Kooperationen Schule und Vereine

5. **14-V-40-0054** **DL 02/15-3**
Wilhelm-Leuschner-Schule Dachsanierung L-Bau

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schickel
Vorsitzender